

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. L a n k e s, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 20. Oktober 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 42

## Der 6. November Wahltag

Großes steht bei der kommenden Reichstagswahl für die Arbeiterschaft auf dem Spiele. Im Ringen der Kräfte zwischen Arbeit und Kapital sind wir in ein Stadium eingetreten, das größte Aufmerksamkeit erfordert. Die durch die politische Umwälzung in der Nachkriegszeit erkämpften Fortschritte auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sind von großen Gefahren bedroht. Die verzweifelnden Bemühungen des Unternehmertums zur Beseitigung der für die Arbeiterschaft erkämpften Rechte kommen immer deutlicher zur Geltung. Seitdem eine Regierung der Freiherren und Barone die Macht in Händen hat, müssen wir einen sich stets steigenden Ansturm auf unsere Errungenschaften wahrnehmen. Sämtliche Notverordnungen, die von der bestehenden Regierung erlassen wurden, tragen arbeiterfeindlichen Charakter und im großen Ausmaße wurden der kapitalistischen Schicht freimütig Zuwendungen aus Staatsmitteln gegeben.

Es tritt von Tag zu Tag klarer in die Erscheinung, daß die der Arbeiterschaft in der Verfassung verbürgten Rechte wieder beseitigt werden sollen. Als sich vor einem Jahr die Hugenberg, Seldte und Hitler zu einer nationalen Front in Harzburg zusammenschlossen mit der Parole: Gemeinsam gegen den Marxismus vorzugehen, bezeichneten wir mit Recht diesen Vorgang als einen Aufmarsch der sozialen Reaktion gegen die demokratische Verfassung. Generale, Großagrarien, Schwerindustrielle vereinigten sich mit dem politisch-indifferenten Heerhaufen der Faschisten und rüsteten sich zum Ansturm auf den Marxismus und die freien Gewerkschaften. Das Ergebnis der reaktionären Front liegt nunmehr vor: Die freien Gewerkschaften stehen nach wie vor als mächtiger Schutzwall gegen die Ausbeutung geschlossen, und der Harzburger Block ist in die Brüche gegangen. Heute kämpfen Hugenberg, Seldte und Hitler in gehässigster Weise um den Platz an der Futterkrippe.

Zum zweiten Male wählt das Volk in diesem Jahre den Reichstag. Seit der Juliwahl sind grundstürzende Aenderungen vor sich gegangen, durch die Notverordnungen, durch die die Arbeiterschaft in ihrem

Lohneinkommen weit in die Vorkriegsjahre zurückgeworfen wurde. Die Kaufkraft breiter Volksschichten wurde dadurch stark eingeschränkt, statt einer Besserung der Wirtschaftslage ist eine weitere Verschlechterung und ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenziffer eingetreten. Ueber sieben Millionen erwerbslose Menschen ist das Ergebnis dieser von der Regierung der Barone betriebenen Wirtschaftspolitik. Enorme Verschlechterungen liegen auf gleicher Linie in der Sozialversicherung und in der sozialen Gesetzgebung. Alle Lasten den Arbeitern, alle Zuwendungen der kapitalistischen Klasse, das ist das Fazit der seit Juni sich im Amte befindenden Regierung.

Diese Tatsachen beweisen, welchen Gefahren die Arbeiterschaft in Zukunft ausgesetzt sein wird, wenn die Reichstagswahlen der Reaktion zum Siege verhelfen. Wir haben daher die Pflicht, mit dem Aufgebot aller zur Verfügung stehenden Kräfte, einen Sieg der Reaktion zu verhindern. Jeder Tag und jede Gelegenheit muß im Betrieb wie in den Kreisen der Arbeiterschaft ausgenützt werden zur Aufklärung und Werbearbeit. Jede Stimme, die wir den arbeiterfeindlichen Parteien wegnehmen können und der Sozialdemokratischen Partei zuführen, stärkt unsere Position im harten Ringen gegen die arbeiterfeindlichen Schichten, gegen die Reaktion. Keine Arbeiterstimme darf solchen Parteien gegeben werden, die die Arbeiterschaft in Fesseln legen wollen und sie zu Lohnsklaven benutzen werden.

Denkt an eure Kinder, ihnen können wir nur dann eine frohe Zukunft sichern, wenn durch den geschlossenen Ansturm der Arbeiterschaft die Arbeiterfeinde vernichtet werden. Nur dann wird es möglich sein, unsere Lebenshaltung verbessern zu können, wenn wir alles einsetzen, daß die Sozialdemokratische Partei als Sieger aus der kommenden Reichstagswahl hervorgeht. Darum jede Stimme

**der Sozialdemokratischen Partei  
Liste 2**

## Einbruch in das Bäckerschutzgesetz

Im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe ist seit der Säuberung der republikanisch verdächtigen Beamten das Steuer der Sozialpolitik nach rechts gestellt worden. Vorher wirkte manche Verordnung um die Durchführung der Arbeiterschutzgesetzes vorbildlich auf die übrigen Freistaaten. In Preußen wurde auch zur Sicherung des Bäckerschutzgesetzes über das Verbot der Nachtarbeit auf Antrag der Gehilfen und Meisterorganisationen vor allen übrigen Freistaaten angeordnet, daß der Verkauf von Backwaren vor 7 Uhr morgens verboten ist. Das geschah am 4. Mai 1925. Das Bäckergewerbe wurde dadurch nicht im geringsten geschädigt. Erreicht wurde aber eine korrekte Durchführung des gesetzlichen Nachtbackverbots; deshalb, weil durch das Verkaufsverbot vor 7 Uhr die Notwendigkeit zu einem früheren Arbeitsbeginn als um 5 Uhr nicht mehr vorlag.

Bracht und die Seinen denken aber anders. Ohne Rücksprache mit den Gehilfen- und Meisterorganisationen wird im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung folgender Erlaß veröffentlicht:

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe. Berlin, W 9, den 7. Oktober 1932, Leipziger Straße 2. III c 5038 Schm.

I.-Nr. III d —  
II —.

**Betrifft Belieferung von offenen Verkaufsstellen mit Backwaren und Abgabe von Backwaren an die Verbraucher vor 7 Uhr morgens.**

I. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Aenderung der Verhältnisse habe ich mich entschlossen, die in meinem Erlaß vom 4. Mai 1925 — III 3938 — (HMBl. S. 114) enthaltene Anweisung abzuändern, wonach die Genehmigungen für die Zulassung des 5-Uhr-Arbeitsbeginns in Bäckereien und Konditoreien von dem Verbot des Ausfahrens vor 7 Uhr (Abs. 5 Ziff. 2 a. a. O.) abhängig zu machen sind. Die betreffende Bedingung in den Bekanntmachungen über die Vorverlegung des Arbeitsbeginns ist unverzüglich durch folgende Bedingung zu ersetzen:

„Die Belieferung von offenen Verkaufsstellen (z. B. Zweiggeschäften, Wiederverkaufsstellen, Verkaufsstellen von Konsumvereinen und ähn-

lichen Vereinen) mit Backwaren jeder Art ist von 6½ Uhr morgens an zulässig. Die Abgabe von Backwaren jeder Art aus dem Bäckereibetrieb unmittelbar an Verbraucher ist von 6½ Uhr morgens an zulässig. Belieferung und Abgabe sind zeitlich vom Verlassen des Bäckereigrundstücks an zu rechnen.“

II. Ich ersuche, die Ortspolizeibehörden anzuweisen, die Abgabe von Backwaren jeder Art aus offenen Verkaufsstellen auf Grund von § 9 Abs. 3 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. März 1919 (RGBl. S. 315) von 6½ Uhr morgens an zuzulassen. Einer Anhörung der Gewerbeaufsichtsbeamten gemäß § 9 Abs. 4 a. a. O. bedarf es nicht mehr.

Sie wollen dafür Sorge tragen, daß die Genehmigungen der Ortspolizeibehörden beschleunigt erfolgen und möglichst gleichzeitig mit der von Ihnen zu treffenden Neuregelung in Kraft treten.

Abdrucke dieses Erlasses für die Oberregierungs- und -gewerbeberäte (Regierungs- und Gewerbeberäte) und die Gewerbeaufsichtsämter liegen bei.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:  
gez. Dr. Ernst.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe wird für diesen Erlaß unmöglich eine hieb- und stichfeste Begründung finden. Es wird sich auch damit nicht ausreden können, daß es nicht gewußt habe, daß neben den Gehilfen auch die Bäckermeister gegen einen früheren Warenverkauf sind. Darüber haben doch früher mit aller Deutlichkeit die Bäckermeister ihren Standpunkt präzisiert. Weil aber auf eigene Faust gehandelt wurde unter Nichtbeachtung der Einstellung der Unternehmer und Arbeiter, so muß es sich auch von beiden Seiten die schärfsten Angriffe gefallen lassen.

Die Berliner Bäckerinnungen protestieren mit aller Schärfe gegen diesen Erlaß. Sie befürchten mit Recht, durch die Vorverlegung des Warenverkaufs werde der Sabotage und dem Einbruch in das Nachtbackverbot Tür und Tor geöffnet und der Weg zur vollständigen Zulassung der Nachtarbeit würde nicht mehr weit sein.

Das preußische Handelsministerium hat dem Bäckergewerbe einen sehr schlechten Dienst geleistet. Dazu hatte es wirklich keine Ursache, denn aus dem Erlaß von 1925 ergab sich keinerlei Schädigung für das Bäckergewerbe. Ist etwa von den Konsumenten verlangt worden den Warenverkauf früher zuzulassen? Auch das trifft nicht zu. Die Gründe müssen daher woanders liegen. Unsere Einstellung wird das Richtige treffen, wenn wir vermuten, durch den Erlaß soll ein Hindernis beseitigt werden zur Wiedezulassung der dauernden Nachtarbeit in den Bäckereien.

Mit dieser ungeheuren Provozierung müssen die Bäckergehilfen einsehen, daß sie von dieser Regierung nichts Gutes erwarten können. Sie werden mit Zähnen und Klauen die große Kulturerrungenschaft des Verbots der Nachtarbeit verteidigen und bei der kommenden Reichstagswahl mithelfen, daß diese arbeiterfeindliche Regierung beseitigt wird.

Am 6. November ist Wahltag. Alle Bäckergehilfen, die es ehrlich meinen mit der Sicherung unseres Schutzgesetzes, wählen die sozialdemokratische Liste 2!

### Gewerkschaftliche Jugendwerbung!

Trotz Krise und Wahlkampf wirbt die Gewerkschaftsjugend. Die Stoßkraft der Gewerkschaften muß verstärkt werden. Neue Mitkämpfer sind unter dem Jungvolk zu gewinnen. Hierbei hat jeder Gewerkschaftskollege zu helfen. Seine Pflicht ist, die ihm bekannten jungen Arbeitskollegen ihrer Gewerkschaft zuzuführen. Jeder sei Werber. Hilf auch du! Ueberall muß es selbstverständlich sein, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind.

## Wochenschau

**Arbeitslosenunruhen in England.** In der englischen Stadt Belfast kam es am 12. Oktober zu schweren Arbeitslosenunruhen. Sie sind eine Folge der unter den Arbeitslosen herrschenden Erbitterung wegen der Kürzung der Unterstützungssätze und der Einführung der Bedürftigkeitsprüfung.

**Arbeitslosenversicherung in Schweden.** Der schwedische Wohlfahrtsminister Möller wurde durch die sozialistische Minderheitsregierung beauftragt, die Schaffung der Arbeitslosenversicherung vorzubereiten. Es ist geplant, in die Versicherung möglichst viele Arbeiterkategorien aufzunehmen.

**Infamie gegen Braun und Severing.** In dem stattfindenden Verfassungsstreit zwischen Preußen und dem Reich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig leistete sich der Vertreter des Reiches gegen Braun und Severing grundlose Verdächtigungen. Braun wurde vorgeworfen, er hätte sich sein volles Ministergehalt sichern wollen, und Severing war mit der Einsetzung des Reichskommissars für Preußen einverstanden. Diese Infamierung mußte der Vertreter des Reiches zurücknehmen, da sie sich als haltlos erwies.

**v. Papens Entgleisung.** In seiner Rede in München vor den Industriellen erklärte Reichskanzler v. Papen in bezug auf die Maßnahmen der Reichsregierung: „Wer sich in diesem Kampf nicht eindeutig hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes.“ v. Papen übersah dabei, daß er weder das Vertrauen des Volkes, noch das des Reichstages besitzt, denn rund 94 Proz. des deutschen Volkes lehnen ihn mit seinen „Reformen“ ab, weil es den Herrenklub, dem v. Papen angehört, bekämpft.

**Vorläufig keine Aussprache um die Abrüstung.** Auf die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz in Genf erklärte der Außenminister Neurath, daß er vorläufig nicht zu einer Aussprache nach dort kommen könne. Die Reichsregierung hat aber die offizielle Einladung Englands zur Teilnahme an der Viermächtekonferenz angenommen, macht sie aber von der Frage der Gleichberechtigung abhängig.

**Um die Nacharbeit der Frauen.** Zum Zwecke der Auslegung des Internationalen Abkommens über die Nacharbeit der Frauen finden im Haag vor dem Internationalen Gerichtshof Verhandlungen statt. England bestreitet, daß das Abkommen auch für leitende Personen verbindlich sei. An den Verhandlungen nimmt der Direktor Butler des Internationalen Arbeitsamtes und deutscherseits der Ministerialdirektor Dr. Feig teil.

**Stalin maßregelt.** Nach einem Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Rußland wurden zwanzig bekannte Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen. Unter ihnen befinden sich Sinowjew und Kamenew, denen konterrevolutionäre Tätigkeit vorgeworfen wird.

**Sozialistischer Wahlsieg in Belgien.** Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Belgien zeitigte einen Mandatsgewinn von 400 Mandaten und eine absolute Mehrheit in 60 Gemeinden zugunsten der Sozialisten.

**Radikale Politik der Labour-Party.** Auf dem Kongreß der englischen Arbeiterpartei wurde beschlossen, die Partei solle eine entschieden radikale Politik betreiben. In erster Linie habe die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien zu erfolgen.

**Hitler geht fechten.** Auf den Straßen, wo man sonst nur Bettler stehen sieht, die um mildtätige Gaben bitten, fechtet jetzt Hitler. Sein Dalles und der Krampf seiner Kassen ist so stark, daß er wie die Heilsarmee auf öffentlichen Straßen und Plätzen den Klingelbeutel schwingen muß.

**Harzburger Käse.** Zwischen den Harzburger Brüdern, den Deutschnationalen und Nazis, finden jetzt tagtäglich Saalschlachten statt. Sie schlagen sich gegenseitig die Schädel ein um Deutschlands „Erneuerung“ willen.

## Die Gewerkschaftsjugend wirbt!

Gewerkschaftsjugend! An die Front! Wir werben trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit, trotz Miesmacherei und Verzweiflung, trotz Nörgelei und Hetze. Wir werben, weil wir wissen: Einigkeit verleiht Stärke. Einmütigkeit gibt neuen Antrieb für gewerkschaftliche Arbeit. Zusammenstehen in der Organisation erhöht die Widerstandskraft gegen Reaktion und Maulheldentum. Die gewerkschaftlich organisierte Jugend wirbt unter dem unorganisierten Jungvolk. Sie ruft allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Helft beim Werben! Organisiert Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Schickt sie in die Jugendabteilungen der Gewerkschaftsjugend!

Die Werbearbeit wird durchgeführt durch Hausagitation unter Verwendung von Flugblättern in der letzten Hälfte des Oktober und in den drei Wochen des November nach der Reichstagswahl. Ausstellungen und werbende Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend während dieser Zeit werden Einblick in das Wirken gewerkschaftlich organisierter Jung-

volks für Eltern und Jugendliche geben. Zur Durchführung dieser Werbearbeit werden Helfer gebraucht. Wer sich zur Verfügung stellen kann, melde sich in den Ortsverwaltungen. Sie werden durch das Jugendkartell in Verbindung mit den Jugendabteilungen der Berufsverbände die Maßnahmen für das Werben in die Wege leiten.

Außer der direkten Mitarbeit beim Werben bedarf es noch einer selbstverständlichen, stillen Werbetätigkeit im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Bekanntenkreise und daheim. Still und selbstverständlich ist diese Art der Werbung genannt, denn sie wird nicht vollbracht mit großen Reden. Ihr Erfolg hängt ab vom Menschen, der Werber ist. Ein Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn findet gegenüber dem Jungvolk das rechte Wort, das Zutrauen auslöst zu ihm und zur Gewerkschaft, die er vertritt. Nicht mit Versprechungen und Redensarten darf geworben werden, nicht mit starken Worten, die den Anschein großer Macht erwecken, auch nicht mit Verdrehungen und Schlagworten. Gewerkschafter sind aufrecht und gerade wie ihr Wollen. Sie können und müssen auf „krumme“ Wege verzichten. Und mit Aufrichtigkeit und Innerlichkeit für die Bewegung gewonnene junge Arbeiter und Arbeiterinnen werden echte Mitkämpfer für die gewerkschaftlichen Organisationen und für den Sozialismus.

## Gleichgültigkeit schadet der Organisation!

**Am 22. Oktober ist der 44. Wochenbeitrag fällig**

Wir brauchen viele Mitstreiter! Das Heer gewerkschaftlich unorganisierter Arbeiter ist noch riesengroß. Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftskollegen: Wirkt in diesem Heer. Erwerbt euch das Vertrauen der jungen Generation durch echtes, aufrechtes Gewerkschaftertum! Gewinnt die jungen Kollegen für die freien Gewerkschaften! Gewinnt sie als Kämpfer für den Sozialismus!

## Unternehmer wollen Gewerkschaften zertrümmern

Das Unternehmertum ist schon seit langer Zeit darauf aus, den „Marxismus“ mit Stumpf und Stiel auszurotten. „Marxismus“ ist bei den Unternehmern schlechthin alles, was Vorteile für die Arbeiterschaft und eine Gewähr zur Besserung ihrer Existenz ahnen läßt. Da ihr politischer und sozialer Horizont eng begrenzt ist, verstehen sie selbstverständlich unter „Marxismus“ auch die freien Gewerkschaften. Jetzt soll zum letzten, entscheidenden Schlag gegen die freien Gewerkschaften ausgeholt werden. Im Zusammenhang mit einer Besprechung der sächsischen Industriellen mit der Reichsregierung zum Zwecke der Durchführung der Hunger- und Lohnabbauverordnung hat auch die Frage der Knebelung der Gewerkschaften eine Rolle gespielt. Wittke, der Führer der sächsischen Industrie hat die Unvorsichtigkeit begangen, sich darüber in Nr. 38 1932 der „Sächsischen Industrie“ näher auszulassen. Er schreibt dort:

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Regierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit der Arbeitszeitverkürzung, also mit gesenkten Löhnen, arbeiten, die Mitgliederbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“

Das also ist das „Programm“ der Scharfmacher, Geld- und Pfeffersäcke! Es wäre ein Irrtum, wenn man meint, daß es sich hier nur um einen frommen Wunsch handle. Nein, das sind festumrissene Forderungen, die darin gipfeln, daß den Kurzarbeitern das Abführen der Gewerkschaftsbeiträge verboten sein soll. Es amtiert ja eine Herrenklubregierung, die die Interessen der Kapitalisten zu den ihrigen gemacht hat. Von ihr erwartet das Unternehmertum die Verwirklichung seiner Forderungen! Und das alles zu dem Zwecke, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu zerschlagen. Wann aber wird endlich die gesamte Arbeiterschaft begreifen, daß diese Forderungen nur gestellt werden, um die Gewerkschaften zu vernichten. Nach dem Willen der Unternehmer müssen sie vernichtet werden, weil sie es sind, die verhindern, daß der Arbeiter rechtlos gemacht wird. Wenn bisher noch nicht die vollständige Verelendung über die Arbeiterschaft hereingebrochen ist, wie es die Unternehmer wünschen, dann ist das den Gewerkschaften zu danken! Daher sollen sie verschwinden! Die Arbeiterschaft muß aber einmütig bekunden, daß sie willens ist, die Absicht des Unternehmertums zu zunichte zu machen. Dazu gehört freilich, daß die Kampffront der Gewerkschaften verbreitert und der letzte Mann herangeholt wird. Deshalb gilt unser Kampf dem Unternehmertum und dabei darf kein ehrlicher Arbeiter und keine Arbeiterin zurückstehen. Jetzt erst recht für die Gewerkschaften.

## Steigerung der Konkurse

Aus der veröffentlichten amtlichen Statistik über die Konkurse für das Jahr 1931, ist gegenüber dem Vorjahr eine Vermehrung festzustellen. 1931 wurden 19 254 gegen 15 486 Konkurse im Jahre 1930 gezählt. Von den Konkursanträgen mußten 5518 (3980) mangels hinreichender Masse abgelehnt werden. Bei 13 736 (11 506) wurde das Konkursverfahren eröffnet. Durch Vergleichsverfahren, die ebenfalls geschlossen sind, wurden 8628 (7178) Fälle zum Abschluß gebracht. Auch aus diesen Zahlen ist die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage zu ersehen. Das Ansteigen derjenigen Anträge, die wegen mangelnder Konkursmasse abgelehnt werden mußten, ist ebenfalls für die heutigen Zeitverhältnisse bezeichnend. Wenn wir einen Vergleich mit den Konkursen in früheren Jahren anstellen, so ersehen wir, daß im Jahresdurchschnitt von 1909 bis 1913 8936 Konkursverfahren eröffnet wurden. In der Vorkriegszeit waren in diesen Jahren im Durchschnitt 2598 Anträge vorhanden, die wegen mangelnder Masse zum Konkurs nicht zugelassen werden konnten. 1926 stiegen die Anträge auf Konkursöffnung auf 12 034, sie sanken im darauffolgenden Jahr auf 5702 und befinden sich seit 1929 im ständigen Ansteigen.

Gegenüber diesen allgemeinen Anträgen sind auch die für das Bäcker- und Konditorengewerbe gestiegen. Es wurden 345 Konkursanträge im Jahre 1931 gegen 203 Anträge, im Jahre 1930 gestellt. 107 (71) Anträge wurden im Vergleichsverfahren erledigt. Ein Rückgang der Konkurse ist nur in Pommern und in Lübeck festzustellen, während in allen übrigen Gebieten Steigerungen zu verzeichnen sind. Die stärkste Zunahme an Konkursen weisen die Gebiete Nord- und Ostdeutschland auf, während der Süden und der Westen die geringste Erhöhung zu verzeichnen haben.

So wird auch das Bäckergewerbe durch den allgemeinen Tiefstand der Wirtschaftslage sehr getroffen und selbst diejenigen Betriebe, die immer noch gegenüber anderen Berufen im Vorteil sind, weil sie tägliche Waren produzieren, werden stark vom Pleitegeier bedroht. Alle Bemühungen, die darauf abzielen, das Lohneinkommen breiter Massen zu kürzen, nützen nichts, denn dadurch wird keine Wirtschaftsbelebung erreicht werden. Handel und Wandel kann nur dann gedeihen, wenn die Kaufkraft breiter Massen vorhanden ist.

## Je kürzer die Arbeitszeit um so höher der Lohn

Die im Jahre 1911 vom Handelsamt Großbritannien veröffentlichten Ergebnisse über die Arbeitsbedingungen in einigen industriellen Ländern haben sehr interessante Vergleiche ergeben. Es entsprechen beispielsweise 100 Arbeitsstunden des englischen Arbeiters 96 Arbeitsstunden des amerikanischen, 111 Stunden des deutschen, 117 Stunden des französischen und 123 Stunden des belgischen Arbeiters. Mit anderen Worten: der Lohn von 100 Schilling des englischen Arbeiters entspricht 236 Schilling des amerikanischen, 85 Schilling des deutschen, 78 Schilling des französischen und 63 Schilling des belgischen Arbeiters.

Diese Erhebung ist insofern von großem Interesse, als hier amtlich festgestellt wurde, daß der deutsche Arbeiter weit unter dem Lohneinkommen des englischen und amerikanischen Arbeiters steht. Wenn der englische Arbeiter 100 Schilling oder der amerikanische 236 Schilling Lohn verdient, so erhält für dieselbe Arbeitsleistung der deutsche Arbeiter nur 85 Schilling. Der deutsche Arbeiter muß auch länger arbeiten als der englische und amerikanische. Die Behauptungen der Unternehmerreaktion treffen daher nicht zu, daß der deutsche Arbeiter in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht weit besser als die Arbeiter in anderen hochentwickelten Industriestaaten steht.

In diesem Zusammenhang verdient auch eine Erhebung des amerikanischen Arbeitsamtes Interesse, die kürzlich bei der Untersuchung der Arbeitszeit und Löhne im Bäckergewerbe durchgeführt wurde. Bei einer Stichprobe kamen in Frage 503 Bäckereibetriebe in 89 Städten für das Bäckerpersonal ohne Fahrer und Straßenverkäufer. Die Untersuchung ergibt folgendes:

Arbeitszeit	Anzahl der Arbeiter	Durchschnittliche Stundenlöhne S	Wochenlöhne S
48 Stunden und weniger . . . . .	601	0,766	36,39
48 bis 50 Stunden . . . . .	2943	0,644	31,57
50 bis 52 Stunden . . . . .	6533	0,570	29,10
52 bis 54 Stunden . . . . .	3451	0,491	25,95
54 bis 57 Stunden . . . . .	2334	0,436	23,97
über 57 Stunden . . . . .	736	0,343	20,99

Hier wird bewiesen: je kürzer die Arbeitszeit, um so höher ist der Lohn. Diejenige Gruppe der Bäckereiarbeiter, die 48 Stunden und weniger beschäftigt wurde, erhielt den höchsten Lohn, während bei solchen Arbeitern, die die längste Arbeitszeit aufweisen, der niedrigste Lohn festgestellt wurde. Diese Feststellung wird nicht vereinzelt sein, sondern

sie wird sich bei einer allgemeinen Ermittlung auf der gleichen Linie bewegen. Wir können das auch bei unseren Tarifverträgen verzeichnen, daß je kürzer die Arbeitszeit, um so höher der Lohn ist.

Die beiden Erhebungen des englischen Handelsamtes und des amerikanischen Arbeitsamtes bestätigen wiederum, daß die Forderungen der freien Gewerkschaften richtig sind. Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet eine Steigerung des Lohnniveaus, Stärkung der Kaufkraft und Belebung der Wirtschaft. Je länger jedoch die Arbeitszeit ist, um so mehr senkt sich der Lohn, wodurch wiederum die Kaufkraft geschwächt wird und letzten Endes die Wirtschaft ruiniert werden muß.

Was nützen aber alle solche einwandfreien Feststellungen, wenn die Reaktion durch ihre Forderungen die Wirtschaft immer mehr zertrümmert?

## Ein „vorbildlicher“ Arbeitsvertrag

Das Tarifvertragssystem ist den Unternehmern lästig. Sie trachten danach, es zu beseitigen. Nichts ist ihnen zu kostspielig, um zum Ziel zu kommen. Sie wissen, wenn erst die Rechtswirkung des Tarifvertrages der Vergangenheit angehört, daß dann aus der Arbeiterschaft alle entstandenen Unkosten wieder herausgepreßt werden können. Wie es gemacht wird, soll nachstehender Arbeitsvertrag zeigen. Dieser Vertrag ist zwischen einer kleinen Brauerei in Niederbayern und den bei ihr beschäftigten Brauereiarbeitern am 13. Juli 1932 abgeschlossen worden:

„H., den 13. Juli 1932.

### Vertrag.

Der Brauer N. N. verpflichtet sich, wöchentlich für 15 Mark und Kost zu arbeiten und zwar nicht nur von 6 bis 6 Uhr, sondern in der Früh von 5 Uhr bis Abends wie es die Arbeit fordert, ohne jede weitere Nachzahlung. Dann ist N. N. Wohnung und Licht frei, solange er bei uns eingestellt ist. Dann verpflichtet sich N. N. im Falle der Entlassung von der Arbeit binnen 8 Tagen die Wohnung zu räumen, wenn eine passende vorhanden ist.

gez. Unterschrift.

Krankengeld ½  
Invaliden ½  
selbst zu tragen.“

Die Form und der Inhalt dieses Vertrages dürfte heute auch in Niederbayern noch eine Seltenheit sein. Er wird jedoch viele Nachahmungen finden, wenn es den Unternehmern gelingt, die Tarifverträge zu beseitigen. Die der Organisation noch fernstehenden Kollegen können es sich überlegen, ob sie unter solchen Bedingungen arbeiten oder in den Reihen der Gewerkschaften für die Erhaltung und die Ausgestaltung des Arbeitsrechts und des Arbeiterschutzes kämpfen wollen.

## Deutschland und die Weltkrise

Eine Untersuchung über den Stand der Krise.

Der Verein für Sozialpolitik veranstaltete in Dresden seine 60. Jahrestagung. Zur Behandlung stand das sehr aktuelle Thema „Deutschland in der Weltkrise“, ohne daß jedoch eine Klärung dieses Fragenkomplexes erfolgen konnte. Die Frage blieb offen, inwieweit die Rationalisierung zur Verschärfung der Krise beigetragen habe. Die Tagung suchte zwar nach einer Antwort, konnte sie jedoch nicht finden.

Die Ausführungen des Professors Saitzew, Zürich, sind wichtig und bestätigen erneut die Theorie der Gewerkschaften, daß jede falsch durchgeführte Rationalisierung zu wirtschaftlichen Fehlschlägen führen muß. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Rationalisierung Millionen von Arbeitskräften freigestellt hat und die Wirtschaftskrise verschärfte. Saitzew erkannte ganz richtig, daß die Rationalisierung dann die Wirtschaft fördert, wenn durch eine Preissenkung ein Mehrabsatz erfolgt, wenn die Nachfrage erhöht, der Lohn gesteigert und die Arbeitszeit verkürzt wird. Falsch aber ist es, wenn durch Lohnersparnisse die Zahl der Arbeitslosen erhöht wird. Er betonte, daß wir eine amerikanische Rationalisierung übernehmen, die sich bei uns als Fehlrationalisierung erwies. Ihre bedenklichen Wirkungen seien durch staatliche Interventionen aller Art noch gesteigert worden.

Professor Colm, Kiel, verneinte die Arbeitslosigkeit als Folge der Fehlrationalisierung. Ihre Ursachen seien vielmehr in Verschiebungen der industriellen Entwicklung und in der Strukturwandlung zu suchen, die nur durch die Depressionen und während der Krise verschärft worden seien. Es wäre nur möglich unserem Wirtschaftssystem zur Krisenfestigkeit zu verhelfen, wenn ein planmäßiger Einbau in unsere Wirtschaft erfolgen würde. Natürlich müßten dann auch politische Erschütterungen ausgeschaltet werden. Dieses Bekenntnis ist insofern recht bedeutungsvoll, weil wir dank des politischen Kurses immer mehr von der Linie der staatlichen auf die privatkapitalistische Wirtschaftsbeeinflussung abgedrängt werden. Ein anderer Redner trat für die Stärkung des Binnenmarktes ein und er-

# 40 Jahre Treue zum Verband



Stehend, von links nach rechts:

Ernst Berner  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Christian Wagner  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Karl Krauß  
Bäcker, Stuttgart  
Eingetreten 12. 9. 1892

Mathias Feil  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Sitzend, von links nach rechts:

Wilhelm Schumacher  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Adam Dietrich  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Christian Göhring  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Karl Hensle  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Martin Ehmann  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

Christian Seitz  
Brauer, Stuttgart  
Eingetreten 1. 12. 1892

wärmte sich besonders für das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Für die Arbeiterschaft mögen zweifellos die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik großen Wert haben, jedoch ist er immer nur theoretisch bedingt. Die große, weltbewegende Frage, wer ist an dem Wirtschaftselend nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt schuld und wie kann die die Weltwirtschaft zerstörende Krise alsbald beseitigt werden, ist nicht beantwortet worden. Alle Disputationen werden an der Tatenlosigkeit zerschellen. Würde gehandelt, dann wäre es mit der kapitalistischen Wirtschaft vorbei. Eine Belebung der Wirtschaft und Arbeit und Wohlstand für alle Menschen der Welt können nur erreicht werden, wenn es möglich ist, das kapitalistische System zu überwinden und die Sozialisierung der Wirtschaft an seine Stelle zu setzen.

## Auf falschen Wegen

Zehn Millionen Menschen leben in Deutschland von der Herstellung und der Beförderung von Exportwaren. Die Existenz dieser Millionen ist bedroht durch die Außenhandelspolitik der Regierung, die es sich eifrig angelegen sein läßt, die Handelsbeziehungen mit fremden Ländern zu zerstören. Sie hat dabei schon sehr viel Erfolge erzielt und wird noch mehr erzielen, wenn erst die Kontingentierung bestimmter Warengruppen, die nach Deutschland eingeführt werden, durchgeführt wird.

Ueber die Höhe der einzelnen Kontingente wird gegenwärtig ein lebhafter Kampf ausgetragen. Die Erscheinungen, die dabei zutage treten, sind nicht gerade besonders erhehend. Die einzelnen Interessentengruppen bieten alles auf, um ihren Einfluß geltend zu machen. Es entwickelt sich dabei ein lebhaftes Schachergeschäft, das unserem Wirtschaftsleben nicht zum Nutzen gereicht. Von der Regierung kann nicht behauptet werden, daß sie bei dieser Rauferei um den besten Anteil den ruhenden Pol in der Erscheinung Flucht bildet. Sie begünstigt in einseitiger Weise die Landwirtschaft und ist nur widerwillig geneigt anzuerkennen, daß außer diesem Wirtschaftszweig eine ganze Reihe anderer ebenso große Bedeutung für die Wirtschaft haben.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat durch seinen Vorsitzenden gegen die beabsichtigte Einfuhrkontingentierung Einspruch erhoben und vor den katastrophalen Folgen dieser Politik warnen lassen. Es scheint dies vergeblich gewesen zu sein. Auch die Warnungen, die die Arbeiterschaft der Regierung zu Gehör brachten, wurden überhört. Der Hinweis darauf, daß mit den vorgesehenen Mitteln der Landwirtschaft nicht geholfen werden kann, daß ihr Wohlergehen vielmehr davon abhängt, ob die große Masse der Bevölkerung in der Lage ist agrarische Produkte zu kaufen und diese auch angemessen zu bezahlen, blieb unbeachtet.

Warum dies geschieht wird verständlich, wenn man weiß von wem der Gedanke der Kontingentierung stammt. Es sind die Nationalsozialisten gewesen, die

sich in diese Ideen verrannt haben und diese in ihrer Agitation zusammen mit mancherlei anderen Versprechungen den kleinen und den großen Bauern suggerieren. Sie haben damit zahlreiche Anhänger gewonnen, die ihnen jetzt wieder abgerungen und der Deutschnationalen Partei zugeführt werden sollen. Das deutsche Volk wird in der kommenden Wahl diesen Machinationen eine Absage erteilen, die bestimmt nicht unbeachtet bleiben wird.

## Getreideüberfluss — überall Hunger und Not

Die Getreidegroßproduzenten in Kanada und USA. sitzen auf ungeheuren Weizenvorräten. Alle Hilfsaktionen, mittels ihrer der stockende Absatz belebt werden sollte, haben nur geringe Wirkungen gezeitigt. Sie mußten ein Fehlschlag sein, weil sie durchgeführt wurden ohne Rücksicht auf die Konsumenten. Die Verbraucher sind überall den künstlich in die Wege geleiteten Preissteigerungen ausgewichen, so daß bereits geringe Marktangebote auf die Preise drücken. Hinzu kommt der günstige Stand des Getreides in Australien und La Plata. Die dort in Aussicht stehende gute Ernte beeinflusst schon heute den Weltgetreidemarkt und trägt wesentlich dazu bei, daß die Getreidepreise nach unten gehen. Auch Deutschland bleibt dabei nicht verschont, obwohl es sich durch fast unübersteigbare Zölle gegen den Weltmarkt abgesperrt hat. Die hier zugunsten einer Preissteigerung durchgeführten Maßnahmen haben nicht verhindert, daß die Getreidepreise zurückgehen. Die Vorräte, die sich in erster Hand befinden, sind heute größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie werden sich noch weiter vergrößern, wenn es nicht gelingt, durch eine Steigerung der Massenkaufkraft die Lebenshaltung zu verbessern und auf diese Weise den Mehl- und Backwarenverbrauch zu heben.

Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht in der Lage, diese dringenden Aufgaben auch nur annähernd zu erfüllen. Die Vertreter dieses Wirtschaftssystems sind stets nur auf ihren Vorteil bedacht. Verspricht Kauf und Verkauf einer Ware keinen Profit, dann unterbleibt das Geschäft, ganz gleich, ob die Ware benötigt wird oder nicht. So kommt es, daß die Landwirtschaft in aller Welt in den vorhandenen Getreidevorräten zu ersticken droht, während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen. Sie hungern und gehen bei vollen Scheunen elendiglich zugrunde. Daß dieses Wirtschaftssystem geändert werden und an seine Stelle eine Ordnung treten muß, die nicht eigennützig, sondern nur gemeinnützig im Interesse der Bevölkerung handelt, das einzusehen ist nicht allzu schwer. Geändert werden kann diese Wirtschaftsordnung aber nur, wenn die unter ihren Auswirkungen leidenden Volksgenossen am 6. November ihre Stimme der SPD., Liste 2, geben. Nur diese Partei ist allen Ernstes bestrebt, die gegenwärtigen Verhältnisse zu ändern.

## Belebung der Süßwarenindustrie

Im „Gordian“ Nummer 899 wird eine Tabelle über Neueinstellungen von Arbeitskräften in der Süßwarenindustrie veröffentlicht. Wir ersehen daraus, daß in dieser Saisonindustrie eine kleine Belebung eingetreten ist. Sie steht jedoch weit hinter der Mehrbeschäftigung in dieser Zeit, wie wir sie in früheren Jahren zu verzeichnen hatten. Bestimmt wird auf Grund der September-Notverordnung die Einstellung von Arbeitskräften außerordentlich gering sein; das geht auch aus den Angaben hervor, wie sie weiter im „Gordian“ zu finden sind. Die Mehrbeschäftigung tritt bekanntlich in der Süßwarenindustrie in jedem Jahr vor Weihnachten ein. Von einer dauernden Belebung kann daher überhaupt nicht gesprochen werden. Wohl glauben einige Fabrikanten, daß durch die Regierungsmaßnahmen eine allgemeine Wirtschaftsbelebung eintreten wird, jedoch versprechen sich andere Unternehmer von den Regierungsverordnungen zur Belebung der Wirtschaft nichts. Solange die Schwächung der Kaufkraft durch die äußerst niedrigen Löhne bei der großen Bevölkerungsschicht weiter betrieben wird, kann ein Aufschwung für die Süßwarenindustrie nicht in Frage kommen. Daher kann auch der „Gordian“ ganz recht bemerken, „die Schokoladenindustrie muß also zukünftig den Umständen Rechnung tragen, daß alle Kreise der Bevölkerung von einer weiteren Herabminderung der Lebenshaltung betroffen werden, und daher für den Genuß von Schokoladen noch weniger Geldmittel zur Verfügung stehen als bisher“.

Die Mehrbeschäftigung in der Süßwarenindustrie wird in dieser Saison von kurzer Dauer sein. Mit den verbesserten Maschinen kann in kürzester Zeit die stärkere Nachfrage nach Waren gedeckt werden, und in wenigen Wochen werden die neu eingestellten Arbeitskräfte wieder entlassen.

Es geht auch aus der Aufstellung im „Gordian“ hervor, daß die Unternehmer nicht daran denken, eine Reduzierung der Arbeitszeit vorzunehmen. Ein Betrieb hat sogar während der Weihnachtssaison die Arbeitszeit auf 50 Stunden erhöht. In einem anderen Betrieb wurde an Stelle der seitherigen Fünftagwoche wieder zur sechstägigen Arbeitszeit übergegangen. Auch in anderen Industrien wird es ähnlich liegen. Solange Neuaufräge vorhanden sind, wird die Arbeiterzahl erhöht, um die Aufträge rasch erledigen zu können und nachher kehren diese Arbeitskräfte wieder in das große Heer der Arbeitslosen zurück. Mit einer solchen vorübergehenden Mehreinstellung von Arbeitskräften wird der Belebung der Wirtschaft überhaupt nicht gedient. Es sind bereits mehrere Wochen in die Lande gegangen seit dem Erlaß der September-Verordnung, aber von einer Wirtschaftsbelebung ist keine Rede. Wann soll sie überhaupt eintreten, wenn selbst die verlockenden Subventionen der Regierung an das Unternehmertum nicht ziehen wollen. Es wird bestimmt so kommen, wie wir längst voraussagten, daß die Regierungsmaßnahmen ein Schlag ins Wasser sein werden.

## Historie des bremischen Böttcherhandwerks

Das Handwerk wurde zuerst von Hörigen ausgeübt. Erst allmählich und nicht ohne Kampf gelang es den Handwerkern, den Rang freier Bürger zu erringen. Jetzt traten sie in mächtigen Zünften, in Bremen Aemter genannt, auf, die vom Rat ihre wohlausgefertigten, verbrieften Rechte empfangen. Sehr zeitig erhielten auch die Böttcher ihre Privilegien. Im mittelalterlichen Böttchergewerbe bildeten sich zwei Handwerkszweige heraus: die Tonnenmacher, die bauchige Holzgefäße mit zwei Böden anfertigten und die Kimker, die gerade Gefäße mit einem Boden wie Eimer, Baljen, Kufen usw. herstellten.

Die Tonnenmacher hatten im Anfang des 15. Jahrhunderts das Amt erhalten. Die Kimker, die 1436 aus dem gemeinsamen Amt ausschieden, fanden sich 1594 wieder mit den Tonnenmachern in einem gemeinsamen Amt zusammen. Wer in die Tonnenmacherlehre treten wollte, mußte „echt und recht“ geboren sein. Nur ehrlich Geborene kamen in die Handwerkslehre. Ausdrücklich gefragt wurde nach der Freiheit des Lehrlings, ob er auch „nemandes egen“ sei. Unehrllicher Leute Kinder hatten gleichfalls keinen Zutritt zum Handwerk. Barbieri, Pfeifer, Trompeter, Marktvögte, Schäfer, Leineweber usw. galten als unehrliche Berufe. Noch 1669 wurden die beiden Söhne eines Schweineschneiders von dem Amt der Tonnenmacher aus der Lehre gestossen. Zwar befahl der Rat der Stadt sie wieder in die Lehre aufzunehmen, sie aber nur mit einem „bloßen schein“ über Dienstjahre und Verhalten zu versehen. Für das Einschreiben mußte der Lehrling 1½ Gulden und vier Viertel Bier zahlen, auch als regelmäßige Abgabe während der Lehrzeit ½ Gulden für den Schlüsseltag, das ist der Tag, an dem die Tonnenmacher ihre Amtsmahlzeit hielten, entrichteten. Nach Artikel 21 der Tonnenmacherrolle wurde der Lehrling nicht wieder eingestellt, wenn er länger als 4 Wochen der Arbeit fern blieb. Bei den Kimkern hatte der Lehrling eine Mark zu zahlen, wenn er

## Milchkonsum in Berlin

Täglich wird eine Million Liter Milch in Berlin umgesetzt. Viele fleißige Hände sind bei der Milchversorgung in der Reichshauptstadt beschäftigt. Es war früher nicht leicht, dieses täglich benötigte Quantum an Milch heranzuschaffen. Schon 1896 wurde im Interesse einer gleichmäßigen Preisgestaltung eine Kontingentierung versucht. Damit war ein Teil der Landwirte nicht einverstanden. Erst im Mai 1930 kam ein freiwilliges Abkommen zwischen Landwirtschaft und Handel zustande. Die Ueberbeschiebung der Märkte hörte auf und Preisschwankungen fanden ein Ende. Damit besserte sich die Qualität der Milch ganz beträchtlich. Ihr Fettgehalt stieg um 0,3 bis 0,4 Proz. Kürzlich wurde ein Milchversorgungsverband gegründet, der ein Zusammenschluß und eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Satzung ist. Die Kontingentierungsverordnung bestimmt, daß diejenigen Milchlieferanten weiterhin lieferungsberechtigt sind, die im Dezember 1931 an konzessionierte Milchhändler oder in sonst erlaubter Weise Trinkmilch nach Berlin abgesetzt haben. Die Kontingentziffer wird allwöchentlich vom Vorstand des Verbandes bestimmt. Die Preisfestsetzung erfolgt durch Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucherschaft. Durch Qualitätsbezahlung arbeitet der Verband auf eine Verbesserung der Milch hin. Für fettreichere Milch soll ein Zuschlag gezahlt werden, für Milch mit einem unter 3 Proz. liegenden Fettgehalt werden für jedes fehlende Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntelpennig vorgenommen.

Durch die schlechte Wirtschaftslage wurde erheblich der Milchverbrauch eingeschränkt. Wenn wir bedenken, daß bei einer Einwohnerzahl von rund 4,2 Millionen der tägliche Milchverbrauch etwa eine Million Liter beträgt, so bedeutet das pro Kopf und Tag zwischen ½ und ¾ Liter Trinkmilch. Von dieser Gesamtmenge werden 250 000 Liter von den im Stadtgebiet vorhandenen Milchkuhen erzeugt und die restliche Menge wird aus Brandenburg, Pommern, Schlesien, der Grenzmark, Sachsen, Hannover und Mecklenburg eingeführt.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im September

Nach der Arbeitsmarktstatistik soll im September ein Rückgang der Arbeitslosen um 163 000 eingetreten sein, weil Ende des Monats bei den Arbeitsämtern „nur“ rund 5 100 000 Arbeitslose gemeldet waren. Dabei wissen wir, daß die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen wesentlich höher ist, weil eine große Zahl der von jeder Unterstützung ausgeschalteten Personen auch nicht mehr in den Arbeitsnachweislisten geführt wird. In unseren Berufen ist von einem wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit trotz der sonst üblichen Saisonbelebung nichts zu merken, erst recht nichts von den vielgepriesenen

Mehreinstellungen auf Grund des Programms der Papenregierung, denn auch in der Süßwarenindustrie bleiben die teilweise erfolgten Neueinstellungen zur Erledigung der Weihnachtsarbeiten erheblich hinter dem Vorjahre zurück. Angesichts der weiteren Kaufkraftschumpfung der breiten Masse durch rigorosen Lohnabbau wahrlich kein Wunder! Ueber das Bäcker- und Fleischgewerbe stellt der Reichsarbeitsmarkt- und Fleischausschuss fest, daß „den geringen Vermittlungsmöglichkeiten Zugänge gegenüberstanden, die sich durch den Saisonschluß in den Bade- und Kurorten noch verstärkten“. Die ungeheure Arbeitslosigkeit und deren langes Anhalten ohne jede Erleichterung wird auch sehr eindringlich durch die Feststellungen des städtischen Arbeitsnachweises für das Bäcker- und Konditorgewerbe Groß-Berlins dargestellt. Hier betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen in den acht Monaten Januar bis einschließlich August dieses Jahres: 8865, 8630, 8749, 8788, 9072, 8769, 8659, 8811. Unter den 8811 Arbeitslosen im August waren 5230 Bäcker, 1156 Konditoren und 2425 weibliche Personen.

In unserem Verbandsgebiet ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat fast unverändert, Trotz der etwas zurückgegangenen Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder höher als im September 1931. Die Kurzarbeit ist — insbesondere in der Süßwarenindustrie — etwas zurückgegangen. Nachstehend eine Zusammenstellung, wie sich die Zahlen der arbeitslosen und kurzbeschäftigten Mitglieder unseres Verbandes auf die einzelnen Industriegruppen verteilen:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	August 1932	Sept. 1932	August 1932	Sept. 1932
Getränkeindustrie ..	10 214	9 932	36 084	36 685
Süßwarenindustrie ..	5 187	4 839	8 744	6 142
Bäcker u. Konditoren.	6 356	6 408	2 826	2 791
Fleischer .....	4 366	4 187	2 654	1 869
Müller .....	2 128	2 109	1 202	1 269
Böttcher u. Weinküfer	2 668	2 616	1 092	1 142
Insgesamt	30 919	30 091	52 602	49 898

## Es geht auch anders

Einstellungen ohne Lohnkürzungen.

Aus München wird berichtet, daß die Aktienbrauerei zum Löwenbräu für die nächsten drei Monate ihre Belegschaft um 5 Proz., das sind 70 Mann, vermehren wird ohne Rücksicht darauf, daß diese Zeit den geringsten Umsatz des Jahres aufweist. Von der durch die Notverordnung gegebenen Ermächtigung, bei einer um diesen Prozentsatz vermehrten Belegschaft für die 31. bis 40. Stunde den Lohn um 10 Proz. zu senken, wird kein Gebrauch gemacht. Auch den Neueingestellten wird der volle Tariflohn gezahlt. Mit dieser begrüßenswerten Maßnahme will die Löwenbrauerei in den bevorstehenden schweren

blauen Montag machte oder sonstwie die Arbeit versäumte. Starb der Lehrmeister, so mußte der Tonnenmacher bei der Witwe in der Lehre bleiben,



Roselinshaus in Bremen

wenn sie die Werkstatt weiterführte, der Kimker hingegen nur, wenn die Witwe einen Gesellen beschäftigte. Das Gesellenstück bestand bei den Tonnenmachern in der Anfertigung von 3 Tonnen. Diese wurden von den Aeltesten und 5 bis 6 Mitgliedern des Amtes in der Werkstatt des Lehrmeisters besichtigt. Hierbei mußte der Prüfling eine Mahlzeit liefern. Das Kimkeramt verlangte für die Ausschreibung eine gute halbe Tonne Bier.

Der auswärtige Geselle arbeitete bei den Tonnenmachern 14 Tage, bei den Kimkern sechs Wochen zur Probe. Nach der Probezeit verblieb der Tonnenmachergeselle bis zum Montag vor Ostern oder vor Michaelis bei sei-

nem Meister. An diesen Tagen versammelten sich die Meister morgens auf dem Krug, wo die Gesellen für das nächste halbe Jahr von ihrem Meister oder einem anderen Meister weiter verpflichtet wurden. Der Kimkergeselle mußte sich auf ein ganzes Jahr verdingen.

Kein Geselle durfte ohne Erlaubnis die Werkstatt verlassen. Auch sonst war den Gesellen das Verhalten bei der Arbeit, und da sie im Hause des Meisters wohnten, vorgeschrieben. Bei den Tonnenmachern erhielt kein Geselle freie Tage. Bei Uebertretung erhielt er ein halbes Jahr im Amt keine Arbeit. Hatte er die ihm angetragene Arbeit nicht rechtzeitig fertig, so mußte er seinem Meister 2 Grote als Entschädigung zahlen. Montags zu feiern, verbot die Kimkerrolle. Jeder Geselle mußte nach ihr um 10 Uhr im Hause seines Meisters sein.

Wer Meister werden wollte, mußte das Bürgerrecht erwerben, den Bürgereid leisten, seinen Geburtsbrief wegen der ehelichen Geburt vorlegen, die im Handwerk vorgeschriebene Lehrzeit, Wanderjahre als Geselle nachweisen und daß er sich als Geselle einen guten Ruf bewahrt hatte. Der Tonnenmacher, der nicht in das Amt heiraten wollte, mußte einen Meister bitten, für ihn zu eschen (fordern), was zweimal zu geschehen hatte. Vor seiner Aufnahme in das Amt hatte er das Meisterstück zu machen. Der Tonnenmacher machte 3 Tonnen, der Kimker hingegen eine Kufe von 1½ Fuß und einen Kernen, das ist ein tonnenförmiges Gefäß, in dem gebuttert wird. Das Meisterstück wurde unter Aufsicht angefertigt, der Tonnenmacher mußte sein Meisterstück in 2 Tagen fertig haben, dann wurde es von den Morgensprachsherren und den Amtsmeistern geprüft. Hatte der Prüfling bestanden, so erfolgte seine Aufnahme ins Amt. Meistersöhne und fremde Gesellen, die Amtstöchter oder Amtswitwen heirateten, konnten mit geringen Kosten das Amt gewinnen. Die Amtsfremden hingegen mußten bei den Tonnenmachern nach der ersten Eschung den Amtsmeistern ein Essen geben und so viel Brot und Bier als erforderlich. Nach der zweiten Eschung und wenn das Meisterstück angenommen

Wintermonaten die Winterhilfe praktisch betätigen und die programmatischen Forderungen der Reichsregierung unterstützen.

Es würde außerordentlich viel gewonnen sein, wenn in allen Brauereien und in der gesamten Wirtschaft die Unternehmer zu der Einsicht kommen würden, daß ein Abbau des Lohnes heute nicht mehr diskutabel ist. Auch die Reichsregierung würde dann erkennen, daß die von ihr gegebene Ermächtigung zum Lohnabbau völlig überflüssig gewesen ist. Die Wirtschaft kann nicht angekurbelt werden, wenn auf der einen Seite sich ein kleiner Kreis die Taschen füllt, während auf der anderen Seite Millionen Menschen nicht wissen, wovon sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Das Steuer muß herumerissen werden. Die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung muß gebessert werden durch Erhöhung der Kaufkraft. In diesem Sinne kann eine Regierung jedoch nur tätig sein, wenn ihre Mitglieder aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind. Der Wahltag am 6. November bietet Gelegenheit mitzuhalten, daß die Regierung der Freiherren und Barone, die für die Arbeiterschaft kein Verständnis zeigt, beseitigt wird.

## Wenig Neueinstellungen in der Spirituosenindustrie

In Berlin wurde unter den Destillateurbetrieben eine Umfrage gehalten über die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung. Das Ergebnis ist wenig hoffnungserweckend, obwohl vor einiger Zeit die Spritpreise wesentlich gesenkt wurden und damit ein der Umsatzbelebung entgegenstehendes Hindernis beseitigt wurde. Die Mehrzahl der befragten Betriebe hat bisher überhaupt keine Neueinstellungen vorgenommen. Es mag zutreffend sein, daß dies teilweise darauf zurückzuführen ist, daß eine ganze Reihe Betriebe ihr Stammpersonal behalten hat und damit dem etwas größer gewordenen Umsatz gewachsen ist. Ueberwiegend wurden jedoch Entlassungen vorgenommen, die bisher nur zum geringsten Teil durch Neueinstellungen wieder ausgeglichen wurden. Nur einige größere Firmen konnten über eine Vermehrung ihres Personals berichten, wobei besonders betont wurde, daß dies geschehen ist, ohne den Lohn zu kürzen. Interessant ist, daß von einer Firma behauptet wurde, daß die Geschäftsbelebung dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und nicht einem saisonmäßigen Aufschwung zu verdanken sei. Diese Behauptung ist mehr als zweifelhaft, insbesondere im Hinblick darauf, daß das Wirtschaftsprogramm in keiner Weise eine Vermehrung der Kaufkraft bringt.

## Fortschreitende Verelendung

Die arbeitende Bevölkerung in Deutschland erträgt ihre katastrophal verschlechterte Lage seit Jahren mit einer Lammesgeduld. Die Vollbeschäftigten in der Industrie, im Handel und Verkehr machen nur

noch einen Bruchteil aus. Wenn wir die Ziffer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter betrachten, die sich in der Größenordnung von etwa 10 Millionen bewegt, so fragen wir uns vergebens, in welcher Weise diese verelendete Bevölkerungsgeschicht ihr Dasein fristet. Zu bedenken ist, daß nur ein Bruchteil öffentliche Unterstützung bekommt. Ist die Lage der Beschäftigungslosen und Kurzarbeiter mehr als traurig, so steht es aber auch um die in Arbeit Stehenden nicht besonders gut. Der soziale Lebensstandard derselben ist von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Einen Fingerzeig hierfür gibt der Markterverkauf der Invalidenversicherung. Das wöchentliche Lohneinkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen betrug demgemäß:

	1930	1931	1932 (1. Halbjahr)
bis 24 Mk. . . . .	46,8 Proz.	51,9 Proz.	60,9 Proz.
über 24 bis 36 Mk. . . . .	16,9 Proz.	17,9 Proz.	19,2 Proz.
mehr als 36 Mk. . . . .	36,3 Proz.	30,2 Proz.	19,9 Proz.

Diese Zusammenstellung spricht für sich selbst. In zwei Jahren ist die Zahl derjenigen, die bis 24 Mk. die Woche oder etwa 100 Mk. im Monat verdienen, auf beinahe zwei Drittel der Gesamtarbeiterschaft angewachsen. Würde das Ankurbelungsprogramm



der gegenwärtigen Regierung im vollen Umfange durchgeführt, dann würde sich das Einkommen der beschäftigten Arbeiter und Angestellten noch weiter vermindern. Und dabei stehen wir vor einem langen Winter, wo an jeden Familienvater die Sorge

Material viel teurer geworden sei, dann würden die Tonnenmacher auch bessere Ware liefern und größeres Lager halten.

Bei den Tonnenmachern und Kimkern durfte in der einzelnen Werkstatt nur eine beschränkte Anzahl von Gesellen beschäftigt werden. Die Kimker durften nur einen Gesellen und einen Lehrling halten. Bei Vermeidung von Strafen war es den Meistern untersagt, sich gegenseitig Gesellen abspenstig zu machen. Der Lohn für den Gesellen war durch die Amtsrolle festgesetzt. Der Tonnenmacher-geselle bekam alle halbe Jahr 8 Bremer Mark, ein Hemd, ein Paar Schuhe, 3 Grote Handgeld und eine „vastellavendes Tunnen“. Auch die Entlohnung nach Stück kam vor, wofür eine Taxe eingeführt war. Nach der Morgensprachbeliebung (Versammlungsbeschuß des Amtes) bekam der Kimker-geselle 1712 einen Jahreslohn von 9 bis 10 Reichstalern. 1722 war bestimmt, daß jährlich nicht mehr als 12 Rt. bezahlt werden sollten. Der Meister, der diese Bestimmung nicht innehielt, mußte die Hälfte des Lohnes als Strafe an die Lade entrichten.

Im Mittelalter war es nicht selten, daß sämtliche Handwerker-gesellen in einer Straße wohnten, die sodann nach ihrem Handwerk benannt wurde. So hatten auch die Böttcher im alten Bremen ihre Straße. Sie, die alte verfallene Böttcherstraße, wurde durch den Bremer Großkaufmann Ludwig Roselius restauriert. Heut nennt man die Böttcherstraße die interessanteste Straße der Welt. Sie weist insofern ein eigentümliches Gepräge auf, als sich in ihr der Bauwille verschiedener Epochen, das geistige Erbe vergangener Generationen mit der schöpferischen Kraft der Neuzeit verbindet. Dieser absichtlich geförderte Gegensatz in der architektonischen Gestaltung gibt der heutigen Böttcherstraße ihr Charakteristikum. Das heutige Roseliiushaus, das frühere Erbe von Tonnenmachern und Kimkern, ist eines der ältesten Häuser in Bremen. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts erbaut (1906 wurde es restauriert), verkörpert es in sich edelste norddeutsche Backsteinbaukunst mit prächtigem Giebel und wappengeschmücktem Sandsteintor. Kr.

der Beschaffung von Brennmaterial, Wintervorräten, warmer Kleidung usw. herantritt. Erst spätere Geschlechter werden die Geduld bewundern, mit der die gegenwärtige Generation ihr trauriges Los getragen hat.

## Aufruf zur Winterhilfe

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not kündigt sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast Uebermenschliches im Ertragen. Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne. Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend. Millionen unserer notleidenden Klassengenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Wieder geht unser Appell an alle uns gesinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft.

Gebt für die

**Solidaritätshilfe!**

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit kennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

**Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt.**

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**

**Hauptvorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend Deutschlands.**

**Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.**

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.**

**Allgemeiner freier Angestelltenbund.**

**Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.**

## Zehn Gebote für den Umgang mit Jungkollegen

1. Bedenke stets, daß auch du einmal jung und unerfahren gewesen bist. Die Jugend von heute ist nicht schlechter als die von früher, sie ist nur anders.

2. Bemühe dich, den jungen Kollegen zu verstehen und hilf ihm nach Möglichkeit über Schwierigkeiten hinweg. Hilfsbereitschaft weckt Vertrauen und Dankbarkeit.

3. Sei nicht grob den jungen Kollegen gegenüber; mit Vernunft und Güte läßt sich mehr als mit Härte und Gewalt erreichen.

4. Sei dem jungen Kollegen ein gutes Vorbild. Gute Vorbilder können für den jungen Menschen ungeheuren Nutzen stiften, während die schlechten Beispiele unermesslichen Schaden anrichten.

5. Vergiß nie, daß der Jugendliche neben deinem Arbeitsplatz auch ein Proletariatskind ist, mit dem dich Klassenzugehörigkeit und proletarische Solidarität verbinden.

6. Erwecke in deinen jungen Kollegen frühzeitig das Bewußtsein, daß sich jeder Arbeitnehmer in einer freien Gewerkschaft organisieren muß. Je gewissenhafter du selbst deine gewerkschaftlichen Pflichten erfüllst, desto leichter gewinnst du deinem Verband neue Mitglieder.

7. Sprich möglichst oft mit den Jungkollegen über gewerkschaftliche Fragen, erkundige dich über ihre Erlebnisse in der freigewerkschaftlichen Jugendgruppe.

8. Ermuntere die Jugend in deinem Betrieb, regelmäßig die Verbandsprelle zu lesen. Für viele Jugendliche ist die Gewerkschaftszeitung der einzige ernste, aufklärende Lesestoff, der zu klassenbewußtem Denken anregt.

9. Sei davon überzeugt, daß Jugendarbeit vollwertige Gewerkschaftsarbeit ist, die weitest gehende Unterstützung der erwachsenen Kollegen verdient.

10. Betrachte die Jugend als die Zukunft des arbeitenden Volkes und unserer Gewerkschaftsbewegung, dann wirst du den Jungkollegen ein guter Kamerad und Führer sein!

Unsere Zeitschriften

Die „Fleischer-Fachzeitschrift“ Nr. 10 erscheint mit der „Einigkeit“ Nr. 42 und wird folgende interessante Abhandlungen enthalten: Der rationelle Viehein-kauf. — Die Bakterie der Pökellake. — Futter- und Geschlechtsgeruch des Fleisches. — Deklaration der Wurst-waren. — Hacksalzzusatz und ein Freispruch. — Gefährliche Gase der Kältemaschinen und ihre Bekämpfung. — Richtige Schaulensterbeleuchtung. — Unfallsichere Fleischerschürze u. v. a. Die „Fleischer-Fachzeitschrift“ wird an Verbandsmitglieder kostenlos abgegeben und ist bei den Ortsverwaltungen und Unterkassierern unseres Verbandes erhältlich.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ungültig erklärt werden die Mitgliedsbücher für Georg Schnellbacher, Buchnummer 107 950, eingetreten in Mainz; Friedrich Hölter, Buchnummer 47 710, eingetreten in Herford. Beim Vorzeigen einziehen und an den Verbandsvorstand einsenden. Der Verbandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 7. Oktober bis 13. Oktober 1932. Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

- Ortsgruppen. Duisburg 43,96, Erlangen 202,31, Essen 51,80, Frankfurt a. M. 84,56, Haynau 130,30, Heidelberg 400, Jever 125,16, Krefeld 12, Lindau 136,14, Magdeburg 156,72, München 210,38, Pödejuch 33,55, Demmin 73,09, Eisenleben 171,93, Hadmersleben 201,80, 50, Kusel 185,93, Lychen 28,66, Meerane 79,93, Norden 21,43, Pegau 127, St. Margarethen 114,53, Zerbst 228,95, Plauen 333,25, Chemnitz 50,52, Worms 1291,74, Berlin 531,02, Straubing 0,81, Alsbien 216,03, Ansbach 350,15, Burg 232,71, Einbeck 174,48, Greiz 550,47, Kitzingen 282,60, Merseburg 410,43, Neudamm 147,43, Parchim 101,01, Pulsnitz 92,77, Riesa 750, Schwennigen 81,74, Landshut 25,40, Solingen 16,72, Brieg 31,78, Kiel 642,33, Hameln 644,96, Bielefeld 50,76, 21, Stuttgart 109,06, Leipzig 13,06, Achim 122,29, Buxtehude 255,92, Kahla 88,90, Mühlhausen 260,43, Naumburg 87,10, Prenzlau 101,22, Sagan 72,50, Sigmaringen 144,52, Staffort 488,32, Zehdenick 49,70, Würzburg 53,20, Brunsbüttelkoog 11,51, Kempten 393,90, Krakow 163,20, Labiau 177,42, Radolitzell 500, Tuttingen 456,92, Weimar 166,84, Dresden 849,20, Pflugstadt 140,87, Schweinfurt 640,49, Grefmannsdorf 412,91, Rathenow 601,32, Dortmund 51,86, Hamburg 325,18, Jena 3, Kahla 0,10, Bellheim 59,84, Dessau 1244,56, Goldap 145,54, Könnern 47,92, Landshut 200,14, Lindau 43,82, Passau 500,20, Tuttingen 5,66, Königshagen i. Pr., 17,64, Grevesmühlen 31,83, Lanterberg i. Harz 131,27, Neusalz 182,47, Pirmasens 270, Preitz 200, Quedlinburg 183,68, Viersen 539,60, Wittenberg 393,47, Zeitz 11,15, Stendal 26,03, Dessau 1032,84, Jena 1331,16, Wilhelmshaven 202,56, Zehdenick 10, Nörbberg 16,10, Kassel 12,50, Bartenstein 219,80, Brandenburg 138,20, Döbeln 775,27, Kamenz 166,80, Lauenburg i. P. 127,10, Löwenberg 280,81, Neubrandenburg 233,30, Neustettin 30,98, Regensburg 600, Schleswig 269,21, Stargard 66,11, Stralsund 99,38, Apolda 413,13, Braunsberg 83,69, Fretzdorf 45,60, Gießen 663,20, Lägerdorf 120,14, Landsberg 257,10, Landshut 378, Potsdam 300, Rothhalminster 465,79, Speyer 188,32, Bernburg 137,21, Mainz 67,86, Saarbrücken 39,55, Schwennigen 153,86, Stade 79,84, Lüneburg 722,95, Wilthen 216,84, Elbing 473,90, Fürstenberg 151,80, Gerabronn 100, Hindenburg 773,30, Isterburg 177,81, Köstlin 211,64, Kreuzburg 1 7,66, Luckenwalde 163,81, Memmingen 220,50, Oelsnitz 235,95, Ortelburg 118,95, Polzin 192,40, Aalen 180,06, Bamberg 132,21, Celle 890, Darkehmen 94,20, Emden 438,20, Falkenstein 44,18, Nortorf 56,17, Osterode (Ostpr.) 100,02, Rastenburg 248,06, Reichenau 82,67, Rudelstadt 100, Sprottau 110,04, Heilbronn 14,26, 11, Heilsberg 69,76, Homburg v. d. H. 271,02, Königsee 187,74, Müllrose 129,42, Neuhaldensleben 211,75, Pöbneck 1042,59, Radolitzell 145,26, Schaeidemühl 38,75, Altenburg 700, Bützow 150,41, Cammin 180,03, Christianstadt 73,36, Eisenach 252,69, Lütz 123,96, Mensechwitz 190,94, Osterburg 17,55, Schmölln 144,21, Weißwasser 185,36, Oldenburg 120, Waren 30, Wittenberge 135, Liegnitz 379,85, St. Ingbert 1933,30, Stolp 207,36, Würzburg 1691,70.

Sonstiges.

- Angsburg 480, Mainz 75, Leipzig 50, Berlin 288,86, Bremen 36, Berlin 7, 60, München 4,30, Berlin 300, 0,50, 238, Bielefeld 40, Gleiwitz 250, Hamburg 3000, Leipzig 950, Emden 9,60.

Korrespondenzen

Bremen. Kollege August Jansen, erster Biersieder in der Hemelinger Aktienbrauerei, beging am 14. Oktober bei voller Rüstigkeit sein 40jähriges Arbeitsjubiläum. Der Jubilar gehört auch viele Jahre der gewerkschaftlichen Organisation an und hat stets gemeinsam mit seinen Kollegen an der Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitgeholfen. Auch unsere besten Glückwünsche möge der Jubilar noch nachträglich entgegennehmen.

Burg bei Magdeburg. Am 1. Oktober d. J. konnte die Ortsgruppe auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Unter Führung des leider längst verstorbenen Kollegen Herwig fanden sich als erste 15 in Brauereien Beschäftigte zur Gründung zusammen. Erst während des



Weltkrieges besamen sich auch die Müller und Mühlener auf ihre Organisation. Heute verfügen wir über einen Mitgliederbestand von über 100 Organisierten. Geschlossen organisiert sind die Brauereien. Schwere Zeiten haben uns die ersten Jahre gebracht, wurden wir doch

nirgends gern gesehen, selbst in Waschküchen haben wir unsere Versammlungen abhalten müssen.

Dies wurde wesentlich besser, als wir im Jahre 1914 ein Gewerkschaftshaus bekamen. Leider hat der Tod unter unseren Alten allzu reiche Ernte gehalten, denn nur noch drei von den Begründern sind unter uns: die Kollegen Karl Ammann (Mitte), Paul Hanke (links) und Otto Pieper (rechts). Sie konnten am 1. Oktober durch eine Ehrenurkunde und eine kleine Aufmerksamkeit aus lokalen Mitteln geehrt werden. Den Jubilaren auch von dieser Stelle nochmals besten Dank und alles Gute in der kommenden Zeit.

Elmshorn. Die Wurstfabrikanten versuchen, die Löhne der Beschäftigten den Löhnen der schlechtesten Lohnklasse anzupassen. Besonders der leistungsfähigste Betrieb, Gebrüder Rostok, ist mit besonderem Eifer bemüht, die Löhne zu senken. Der Schlichtungsausschuß ist dem Drängen nachgegeben und hat einen weiteren Lohnabbau von 3 Pfennig pro Stunde vorgeschlagen. Die Beschäftigten lehnten ab, und es ist damit zu rechnen, daß es zu ernststen Differenzen kommt. Vor Zuzug nach Elmshorn wird gewarnt. Am Orte selbst ist noch eine erhebliche Anzahl arbeitsloser Gesellen vorhanden, so daß auch ohne die Differenzen für Zugereiste keine Aussicht auf Arbeit besteht.

Heidelberg. Am 8. Oktober veranstaltete die Ortsgruppe zu Ehren ihrer Verbandsjubilare ein Familienfeier, die äußerst gut besucht war.

Kollege M. Kirchner begrüßte die Erschienenen insbesondere die Jubilare und ihre Frauen. Bezirksleiter Kollege W. Heßler hob anschließend in seiner Rede die Verdienste der Jubilare um den Verband und die Arbeiterschaft hervor. Seit 25 Jahren haben sie mit dem Verband für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in vorderster Linie gekämpft und vieles für die Arbeiter erreicht. Sie haben erkannt, daß nur eine festgefügte organisierte Arbeitermasse dem Unternehmertum die Stirne bieten kann. Heute in einer Zeit, da die Reaktion die Errungenschaften der Arbeiterschaft auf der ganzen Linie bestürmt, gilt dies mehr denn je. Kollege Heßler weist auf die kommende Reichstagswahl hin. Hier gilt es, der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, mit sich Schindluder treiben zu lassen. Das sei auch der Wille der Jubilare, an denen sich die jungen Kollegen ein Beispiel nehmen sollen. Den Jubilaren sei auch nichts in den Schoß gefallen, sie haben alles schwer erkämpfen müssen. Auch den Frauen der Jubilare, die seit vielen Jahren Seite an Seite mit den Männern gekämpft und gelitten haben und ihnen neuen Kampfesmut gaben, gebührt der ganz besondere Dank. Als äußere Anerkennung erhielten die Jubilare vom Verbandsvorstand eine Ehrenurkunde und die Frauen einen Blumenstock von der Ortsgruppe gestiftet. Ein Hoch auf die Jubilare und ihre Frauen wurde begeistert aufgenommen. Kollege Rothmann dankte im Namen aller Jubilare.

Jüterbog. Am 1. Oktober feierte die Ortsgruppe in Noaks Volksgarten ihr drittes Stiftungsfest. Vorsitzender Kollege Liese begrüßte die Festversammlung, den Vertreter der Gauleitung, Kollege Rohde, den Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB, Müller, und die Kollegen der Ortsgruppe Luckenwalde. Nach einem gut vorgetragenen Prolog hielt Kollege Rohde die Festansprache. Er zeichnete mit kurzen Worten den Werdegang der Ortsgruppe vor der durch die Luckenwalder Kollegen erfolgten Gründung bis zum heutigen Tage. Mit scharfen Worten geißelte er dann die letzte Notverordnung der Papen-Regierung und forderte die Kollegenschaft auf, in diesem schweren Kampf um das Recht und die Freiheit der arbeitenden Klasse fest zusammenzustehen und zur weiteren Stärkung des Gewerkschaftsgedankens alle Kraft einzusetzen. Besonders die jungen Kollegen ermahnte er, treu zur Organisation zu halten. Kollege Müller vom ADGB lobte die tatkräftige Mitarbeit der Ortsgruppe, insbesondere der Ortsverwaltung, welche es verstanden habe, sich in einer kurzen Zeit von einer kleinen Gruppe zu einer starken und geachteten Organisation zu entwickeln. Durch ihre rührige Mitarbeit habe sie geholfen, die Anschläge der Unternehmer auf die Errungenschaften der Arbeiterschaft zum großen Teil abzuwehren. Für die Ortsgruppe Luckenwalde überbrachte Kollege Nolte die besten Glückwünsche. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich die Ortsgruppe weiter so entwickeln möge wie bisher, zum Wohl der Kollegenschaft. Ein von dem Kollegen Liese selbst verfaßtes Theaterstück, welches die Vorteile des freigewerkschaftlich organisierten Kollegen gegenüber den unorganisierten Kollegen ins rechte Licht stellte, fand ungeteilten Beifall. Arbeiterturner und Gaumeister im Radkunstfahren E. Becker zeigten durch ihre Vorführungen das hohe Können der Arbeiterturn- und Radsportler. Sie haben viel zum guten Gelingen des Festes beigetragen. — Der zweite Teil der Veranstaltung war dem Tanz gewidmet, an dem sich jung und alt beteiligte.

Köln. (Kommunistische Strategie.) Den kommunistischen Strategen ist großes Heil widerfahren. Durch die Schweinereien in der Nazischlächtereier Joerres bietet sich ihnen die Chance, diesen Fall politisch auszuschlachten. Daß dabei auch über unseren Verband die Dreckkübel ausgeschüttet werden, nimmt bei diesen Strategen, die immer nur theoretisch in „Einheitsfront“ machen, nicht wunder. Die kommunistische Presse behauptet allen Ernstes, unsere Organisation hätte, als sie von den Schweinereien im Betrieb Joerres erfuhr, nicht eingegriffen. Die „Soziale Republik“ unterschlägt aber die Tatsache, daß sich bereits am 15. September eine Betriebsversammlung mit diesen Vorgängen beschäftigt hat und sie erst am 2. Oktober den Mut fand, „an die

Oeffentlichkeit“ zu gehen. Selbst unsere „Einigkeit“ nahm früher, und zwar in Nr. 39 vom 29. September, zu diesen Dingen Stellung. Wollte die „S. R.“ erst von dieser Seite die Bestätigung für ihre Veröffentlichung erhalten, um ganz sicher zu gehen? Lügen haben kurze Beine, und das gilt insbesondere für die kommunistische Presse Kölns. Noch ehe sie richtig ausgeschlafen hatte (2. Oktober!), wurde durch unsere Organisation am 24. September das Gesundheitsamt der Stadt Köln, der Oberbürgermeister und die zuständige Staatsanwaltschaft unterrichtet. Aber auch schon früher, am 15. September, wurde Joerres vor dem Arbeitsgericht verklagt, 886,82 Mk. zu zahlen, wobei die Schweinereien eine Rolle spielten. Die KPD., Presse hat aber das Bedürfnis, zu schwindeln, und was schadet es, wenn die Lügen faustdick aufgetragen werden? Schwindeln gehört zu ihrem Handwerk!

München. (Ein Schwindler vom Schicksal ereilt.) Die große Strafkammer in Landshut bestätigte das Urteil des Amtsgerichts vom 30. Juni gegen den 34 Jahre alten Werkmeister Johann Fischer, der wegen Betrügereien zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Fischer spiegelte arbeitsuchenden Schafflern vor, durch seine Beziehungen zu den Münchener Großbrauereien sei es ihm möglich, ihnen Arbeit zu verschaffen. Auf diese Weise erschwindelte der Gauner Geldbeträge von insgesamt 2000 Mk. von den arbeitslosen Kollegen. Dieser Bursche hatte keinen guten Faden an der Organisation gelassen, als er in der Faßfabrik Lehner in Landshut beschäftigt war. Mit den ungeheuerlichsten Verleumdungen operierte er gegen unseren Verband. Beim Brauereiarbeiterstreik 1925 betätigte er sich als Streikbrecher. Nun hat endlich diesen Menschen das Schicksal ereilt und er kann in den zwei Jahren im Zuchthaus über seine gemeinen Handlungen, die er gegen die Arbeitslosen ausführte, nachdenken.

Tangermünde. Eine am 24. September 1932 stattgefundene Bezirkskonferenz der Altmark beschäftigte sich mit Agitations- und Werbemöglichkeiten. Koll. Thauer, Gauleiter, schilderte in einem einleitenden Referat die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise und die der Notverordnung auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsbewegung. Er behandelte eingehend die Agitation und Werbemöglichkeiten. In einer sehr anregend verlaufenen Aussprache kam einmütig zum Ausdruck, daß nur durch einen gut durchgebildeten Funktionärkörper und intensive Arbeit der Bestand unserer Organisation erhalten und weiter ausgebaut werden kann. Mit dem Gelöbnis der Mitarbeit aller und einem dreifachen Hoch auf unseren Verband wurde die gutbesuchte und für alle Delegierten wertvolle Tagung geschlossen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Neues Verbot der Gewerkschaftspresse. Nach dem Verbot der „Buchbinder-Zeitung“ hat der Polizeipräsident von Berlin nunmehr auch das Beamtorgan des Gesamtverbandes „Die Beamten-Gewerkschaft“ bis zum 25. Oktober verboten. Die heute herrschende Reaktion verfällt auf dieselben Maßnahmen, wie sie vor mehr als 50 Jahren zur Anwendung kamen. Sie werden sich täuschen, wenn sie glauben, mit derartigen Presse-schikanen gegen die Gewerkschaftszeitungen vorgehen zu können. Die Wahrheit den breiten Arbeitermassen zu sagen, was sie vom Papen-Kurs und dem herrschenden Regierungssystem zu halten haben, läßt sich nicht unterdrücken. Wer glaubt, die Gewerkschaftspresse auf diese Art gefügig zu machen, wird eine arge Enttäuschung erleben. Die Gewerkschaftspresse läßt sich nicht den Maulkorb umhängen noch Vorschriften darüber machen, welche Meinung sie gegenüber ihren Mitgliedern und Lesern zu vertreten hat.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Schlachtsteuerergebnisse. Im Oktoberheft „Wirtschaft und Statistik“ werden die Schlachtsteuereinnahmen für die Zeit vom April bis Juni 1932 mit 11,6 Mill. Mk. angegeben. An diesem Betrag ist Sachsen mit 5,3 Mill. Mk. und Bayern mit 5,8 Mill. Mk. beteiligt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Summe der vereinnahmten Schlachtsteuern um 4,3 Mill. Mk. = 59,0 Proz. gestiegen. Da inzwischen die Schlachtsteuer in Preußen, Oldenburg, Lippe, Hessen und den Hansastädten eingeführt wurde und die Einführung in Braunschweig beschlossene Sache ist, dürften die Schlachtsteuererträge wesentlich zunehmen.

Schlachtsteuer in Württemberg. In der Sitzung des Württembergischen Landtages am 11. Oktober führte der Staatspräsident Bolz aus, daß die Regierung beabsichtige, die Schlachtsteuer für Württemberg einzuführen. Er machte geltend, daß die Regierung unabhängig der Stellung des Landtages an der Einführung der Schlachtsteuer unter allen Umständen festhalten wolle.

Kartoffelmehlbeimischungszwang. Zur Erleichterung der Verwertung der Kartoffelernte wurde auf Grund des Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung am 12. Oktober eine Notverordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß die Beimischung von Kartoffelmehlstärke auch auf Mahlerzeugnisse des Roggens ausgedehnt wird. Der Reichsernährungsminister wird ermächtigt, den Prozentsatz des zu verwendenden Kartoffelstärkemehls je nach dem Ausfall der Kartoffelernte festzusetzen. Der Verwendungszwang darf jedoch 2,5 Proz. nicht übersteigen. Bisher war



# Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

## Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner.  
Copyright by Verlag Ad. Synak, Prag

40. Fortsetzung.

„Es muß mit deiner Hand geschrieben sein. Schreib, daß er aus Leipzig aus dem Hundezwinger von Bülow stammt. Vater Arnheim von Kahlsberg, Mutter Emma von Trautonsdorf, nach dem Vater Siegfried von Busenthal. Der Vater hat bei der Berliner Stallpintscherausstellung im Jahre 1912 den ersten Preis bekommen. Die Mutter wurde mit der goldenen Medaille des Nürnberger Vereins zur Zucht edler Hunde ausgezeichnet. Wie alt ist er, glaubst du?“

„Nach den Zähnen zwei Jahre.“

„Schreib, daß er zweieinhalb ist.“

„Er ist schlecht kupiert, Schwejk. Schau dir seine Ohren an.“

„Dem kann man abhelfen. Wir können ihm sie ja zuzututzen, bis er sich bei uns gewöhnt. Jetzt möcht er sich noch mehr ärgern.“

Der Gestohlene knurrte wütend, pfauchte, warf sich herum, legte sich dann mit herausgesteckter Zunge müde hin und wartete, was weiter mit ihm geschehen werde.

Allmählich wurde er ruhiger, nur von Zeit zu Zeit knurrte er kläglich.

Schwejk setzte ihm den Rest der Leber vor, die ihm Blahnik übergeben hatte. Der Hund beachtete sie jedoch nicht, warf nur einen trotzigem Blick darauf und blickte einmal an, als wollte er sagen: „Ich hab mich schon einmal angeschmiert, freßt euchs jetzt allein auf.“

Er lag resigniert da und tat, als schlafe er. Dann fuhr ihm plötzlich etwas durch den Kopf, er stand auf und fing an Männern zu machen und mit den Vorderpfoten zu bitten. Er ergab sich.

Auf Schwejk machte diese rührende Szene nicht den geringsten Eindruck.

„Kusch dich“, schrie er den Armen an, der sich wiederum kläglich winselnd hinstreckte.

„Was für einen Namen soll ich ihm im Stammbaum geben?“ fragte Blahnik, „er hat Fox geheißen, also etwas ähnliches, damit ers gleich versteht.“

„Also nennen wir ihn meinetwegen Max, schau Blahnik, wie er die Ohren spitzt. Steh auf, Maxi!“

Der unglückliche Stallpintsch, dem man Heimat und Namen geraubt hatte, erhob sich und wartete weitere Befehle ab.

„Ich glaub, wir sollten ihn losbinden“, entschied Schwejk, „wir wern sehn, was er dann machen wird.“

Nachdem sie ihn losgebunden hatten, war sein erster Weg zur Tür, wo er dreimal kurz den Türgriff anbellte, scheinbar auf die Großmut dieser bösen Menschen bauend. Als er jedoch sah, daß sie kein Verständnis für seine Sehnsucht, hinauszugelangen, hatten, machte er bei der Tür eine kleine Lache, überzeugt, daß sie ihn hinauswerfen würden, wie man dies einst getan hatte, als er jung war und der Oberst ihn streng, nach Soldatenart, dazu erzog, Zimmerrein zu sein.

Statt dessen bemerkte Schwejk: „Der is gescheit, das is ein Jesuit von einem Hund“, er versetzte ihm eins mit dem Riemen und tunkte ihm die Schnauze in die Lache, daß er sich nicht genug abblecken konnte.

Der Hund winselte über diese Schmach und fing an in der Küche umherzulaufen, verzweifelt seine eigene Spur beschnuppernd, dann ging er ohne jeden Anlaß zum Tisch, fraß den ihm auf dem Boden vorgesetzten Rest der Leber auf, legte sich zum Ofen und schlief nach diesem ganzen Abenteuer ein.

„Was bin ich dir schuldig“, fragte Schwejk Blahnik, als sie Abschied nahmen.

„Davon sprich nicht, Schwejk“, sagte Blahnik weidlich, „für einen alten Kameraden mach ich alles, besonders wenn er beim Militär dient. Leb wohl, Junge, und führ ihn nie über'n Hawlitschekplatz, daß nicht irgendein Unglück passiert. Wenn du noch einen Hund brauchen solltest, so weißt du, wo ich wohn.“

Schwejk ließ Max recht lange schlafen und kaufte inzwischen beim Fleischer ein Viertel Kilo Leber, kochte sie und wartete, bis Max erwachte, zu welchem Zweck er ihm ein Stückchen warme Leber vor die Schnauze hielt.

Max fing an sich im Schlaf abzulecken, dann räkelte er sich, beschnupperte die Leber und verschlang sie. Sodann ging er zur Tür und wiederholte seinen Versuch mit dem Türgriff.

„Max!“ rief Schwejk ihm zu, „komm zu mir!“

Der Hund gehorchte mißtraulich. Schwejk nahm ihn auf den Schoß und streichelte ihm und Max wedelte zum erstenmal freundschaftlich mit dem Rest seines kupierten Schwanzes, schnappte nach Schwejks Hand, hielt sie im Maul und schante Schwejk klug an, als wollte er sagen: „Da läßt sich nichts machen, ich weiß, daß ich's verspielt hab.“

Schwejk fuhr fort ihn zu streicheln und fing an, ihm mit sanfter Stimme zu erzählen: „Also es war einmal ein Hünsterl, das hieß Fox und lebte bei einem Herrn. Ein Dienstmädchen führte es spazieren und es kam ein Herr, der stahl den Fox. Fox kam zum Militär zu einem Oberleutnant und man gab ihm den Namen Max.“

„Max, gib Pfoter!“ sah er den Rindvieh, wir wern gute Kameraden sein, wenn du brav und folgsam sein wirst. Sonst wirst du sehn, daß der Krieg kein Honigleckchen ist.“

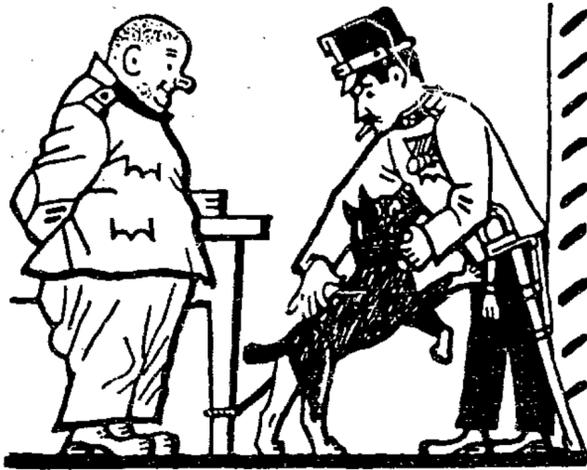
Max sprang von Schwejks Schoß herab und fing an munter um ihn herumzuspringen. Bis zum Abend, als der Oberleutnant aus der Kaserne zurückkehrte, waren Schwejk und Max die besten Freunde.

Während er Max betrachtete, dachte Schwejk philosophisch: „Wenn mans rundherum nimmt, is eigentlich jeder Soldat auch aus seinem Heim gestohlen.“

Der Oberleutnant war sehr angenehm überrascht, als er Max erblickte, der gleichfalls große Freude bekundete, weil er wieder einen Soldaten mit Säbel sah.

Auf die Frage, woher er sei und was er koste, teilte Schwejk dem Oberleutnant mit vollendeter Ruhe mit, er habe den Hund von einem Kameraden, der gerade eingerückt sei, zum Geschenk erhalten.

„Gut, Schwejk“, sagte der Oberleutnant, mit Max spielend, „am ersten bekommen Sie von mir fünfzig Kronen für den Hund.“



„Das kann ich nicht annehmen. Herr Oberleutnant.“  
„Schwejk“, sagte der Oberleutnant streng, „wie Sie den Dienst angetreten haben, habe ich Ihnen erklärt, daß Sie aufs Wort gehorchen müssen. Wenn ich sage, daß Sie fünfzig Kronen bekommen, müssen Sie sie nehmen und vertrinken. Was werden Sie mit diesen fünfzig Kronen machen, Schwejk?“

„Und wenn ich daran vielleicht vergessen sollte, Schwejk, so befehle ich Ihnen, mir zu melden, daß ich Ihnen fünfzig Kronen für den Hund geben soll. Verstehn Sie? Hat der Hund nicht Flöhe? Baden Sie ihn jedenfalls aus und kämmen Sie ihn durch. Morgen habe ich Dienst, aber übermorgen geh ich mit ihm spazieren.“

Während Schwejk Max badete, schimpfte der Oberst, sein ehemaliger Besitzer, zu Hause fürchterlich und drohte, daß er denjenigen, der ihm den Hund gestohlen hatte, vors Kriegsgericht stellen, erschießen, hängen, auf zwanzig Jahre einsperren und zerhacken lassen werde.

„Der Teufel soll den Kerl busieren“, erscholl es in der Wohnung des Obersten, daß die Fenster zitterten, „mit solchen Meuchelmördern werde ich bald fertig werden.“

Ueber Schwejk und Oberleutnant Lukasch ballte sich eine Katastrophe zusammen.

15.

### Die Katastrophe.

Oberst Friedrich Kraus, Besitzer des Prädikats: von Zillergut, nach irgendeinem Dorf in Salzburg, das seine Vorfahren bereits im achtzehnten Jahrhundert verwossen hatten, war ein ehrenwerter Idiot. Wenn er etwas erzählte, pflegte er lauter selbstverständliche Dinge zu sagen, wobei er fragte, ob alle die primitivsten Ausdrücke verstanden: „Also ein Fenster, meine Herren, jawohl. Wissen Sie, was ein Fenster ist?“

Oder: „Ein Weg, an dem auf beiden Seiten Gräben sind, heißt Straße. Jawohl, meine Herren. Wissen Sie, was ein Graben ist? Ein Graben ist eine Oeffnung in der Erde, an der mehrere Leute arbeiten. Er ist eine Vertiefung. Jawohl. Man arbeitet mit Spaten. Wissen Sie, was ein Spaten ist?“

Er litt an einer Erklärungsmanie, der er mit solcher Begeisterung frönte, wie irgendein Erfinder, der von seinem Werk erzählt.

„Ein Buch, meine Herren, sind mehrere verschieden geschnittene Papierblätter von verschiedenem Format, die bedruckt und zusammengestellt, gebunden und mit Leim zusammengeklebt sind. Jawohl. Wissen Sie, meine Herren, was Leim ist? Leim ist ein Klebemittel.“

Er war so unglaublich blöd, daß die Offiziere ihm von weiten auswichen, um nicht von ihm hören zu müssen, daß das Trottoir etwas anderes sei als die Fahrbahn und ein erhöhter gepflasterter Streifen längs der Häuserfassaden. Und daß die Fassaden der Häuser jener Teil des Gebäudes sind, den wir von der Straße oder vom Trottoir aus sehen. Die rückwärtige Häuserfront können wir vom Trottoir aus nicht sehen, wovon wir uns augenblicklich überzeugen können, wenn wir die Fahrbahn betreten.

Er war bereit, diese interessante Tatsache sofort zu demonstrieren. Zum Glück wurde er jedoch überfahren. Seit dieser Zeit vertrottelte er noch mehr. Er hielt die Offiziere an und verwickelte sie in endlos lange Gespräche über Omeletten, Sonne, Thermometer, Stuten, Fenster und Postmarken.

Es war wirklich staunenswert, daß dieser Idiot verhältnismäßig schnell avancieren konnte und ungemein einflußreiche Leute hinter sich hatte, zum Beispiel einen hohen General, der ihm trotz seiner völligen militärischen Unfähigkeit die Stange hielt.

Bei den Manövern vollführte er mit seinem Regiment wahre Wunder. Niemand langte er irgendwo zur Zeit an. Er führte das Regiment in Kolonnen gegen Maschinen-gewehre und vor Jahren geschah es bei den Kaisermanövern in Südböhmen, daß er mit dem Regiment ganz

und gar verschwunden war und bis nach Mähren gelangte, wo er sich mit ihm noch einige Tage nachher herumschlug als die Manöver bereits vorüber waren und die Soldaten wieder in den Kasernen lagen. Es wurde ihm nachgesehen.

Sein freundschaftliches Verhältnis zu einem hohen General und anderen nicht weniger blöden Würdenträgern des alten Oesterreich trug ihm verschiedene Auszeichnungen und Orden ein, durch die er sich ungewöhnlich geehrt fühlte, so daß er sich für den besten Soldaten unter der Sonne und den besten Theoretiker in der Strategie und allen anderen militärischen Wissenschaften hielt.

Bei Regimentsrevisionen ließ er sich mit den Soldaten in Gespräche ein und fragte sie immer ein und dasselbe:

„Warum nennt man die beim Militär eingeführten Gewehre Manlichergewehre?“

Beim Regiment hatte er den Spitznamen Manlichertrottel. Er war ungewöhnlich rachsüchtig, vernichtete die ihm untergeordneten Offiziere, wenn sie ihn nicht geehrien und wenn sie heiraten wollten, schickte er sehr schlechte Empfehlungen für ihre Gesuche nach oben.

Es fehlte ihm die Hälfte des rechten Ohres, die ihm in der Jugend ein Gegner im Duell wegen der bloßen wahrheitsgemäßen Konstatierung, daß Friedrich Kraus von Zillergut ein blitzblöder Kerl sei, abgeschlagen hatte.

Wenn wir seine geistigen Fähigkeiten analysieren, gelangen wir zu der Ueberzeugung, daß sie nicht besser waren als die, welche den großmäuligen Franz Josef als notorischen Idioten berühmt gemacht haben.

Derselbe Redefuß, derselbe Schatz an größten Naivitäten. Bei einem Bankett im Offizierskasino erklärte Oberst Kraus von Zillergut: „Da hab ich euch gestern, meine Herren, einen Dampfpflug gesehen, der von einer Lokomotive angetrieben war. Stellen Sie sich vor, meine Herren, von einer Lokomotive und nicht nur von einer, von zweien. Ich seh Rauch, geh näher und es ist eine Lokomotive und auf der anderen Seite die zweite. Sagen Sie mir, meine Herren, ist das nicht lächerlich? Zwei Lokomotiven, als ob nicht eine genug wäre.“

Er verstummte und nach einer Weile bemerkte er: „Wenn der Benzin ausgeht, muß das Automobil stehenbleiben. Das hab ich gestern auch gesehen. Dann quatscht man vom Beharrungsvermögen, meine Herren. Es geht nicht, steht, rührt sich nicht, hat keinen Benzin. Ist das nicht lächerlich?“

In seiner Beschränktheit war er ungewöhnlich fromm. Hatte zu Hause in der Wohnung einen Hausaltar. Ging häufig zum heiligen Ignaz zur Beichte und zur Kommunion und seit Ausbruch des Krieges betete er für den Steg der österreichischen und deutschen Waffen. Er vermengte das Christentum mit den Träumen von einer germanischen Hegemonie. Gott sollte helfen die Reichtümer und Gebiete der Besiegten zu okkupieren.

Fürchterlich regte er sich jedesmal auf, wenn er in der Zeitung las, daß man wiederum Gefangene eingebracht habe.

Er sagte: „Wozu Gefangene einbringen? Erschießen soll man alle! Kein Erbarmen! Zwischen den Leichen tanzen! Alle Zivilisten in Serbien bis auf den letzten verbrennen! Die Kinder mit Bajonetten totschiessen!“

Er war um nichts schlimmer, als der deutsche Dichter Vierordt, der während des Krieges die Verse veröffentlichte, Deutschland möge mit eiserner Seele Millionen französischer Teufel morden:

Und bis zu den Wolken möge sich  
der Haufen der Gebeine und das dampfende  
Fleisch türmen...

Nachdem er den Unterricht in der Einjährig-Freiwilligen-Schule beendet hatte, ging Oberleutnant Lukasch mit Max spazieren.

„Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, Herr Oberleutnant“, sagte Schwejk fürsorglich, „daß sie auf den Hund vorsichtig sein müssen, damit er ihnen nicht wegläuft. Es kann ihm eventuell nach seinem alten Heim bange wern und er könnt Reißnach nehmen, wenn Sie ihn losbinden möchten. Und ich möcht Ihnen auch nicht raten, ihn über'n Hawlitschekplatz zu führen, dort treibt sich ein böser Fleischerhund vom „Marienbild“ herum, der is sehr bissig. Wie er in seinem Rayon einen fremden Hund sieht, gleich is er auf ihn eifersüchtig, damit er ihm dort nicht was wegfrißt. Er is wie dieser Bettler vom heiligen Kastullus.“

Max sprang lustig umher, geriet unter die Füße des Oberleutnants, verwickelte sich mit der Schnur um den Säbel und legte eine ungewöhnliche Freude über den Spaziergang an den Tag.

Sie traten auf die Straße und Oberleutnant Lukasch wandte sich mit dem Hund dem Graben zu. An der Ecke der Herrengasse sollte er mit einer Dame zusammen treffen. Er war in dienstliche Gedanken vertieft. Worüber soll er morgen vor den Einjährig-Freiwilligen in der Schule vortragen? Wie geben wir die Höhe irgendeines Berges an? Warum geben wir die Höhe stets von der Meeresfläche an? Wie berechnen wir aus der Höhe über der Meeresfläche die einfache Höhe eines Berges von seinem Fuße gerechnet? Verflucht, warum gibt das Kriegsministerium solche Sachen ins Schulprogramm. Das ist doch für die Artillerie. Und es gibt doch Generalstabkarten. Wenn der Feind auf Cote 312 sein wird, wird es nicht genügen, einfach darüber nachzudenken, warum die Höhe des Berges von der Meeresfläche aus angegeben ist, oder zu berechnen, wie hoch jener Hügel ist. Da schaut man halt auf die Karte und weiß es.

Aus diesen Gedanken riß ihn ein strenges „Halt!“ gerade, als er sich der Herrengasse näherte.

Gleichzeitig mit dem „Halt!“ bemühte sich der Hund, sich samt der Schnur loszureißen und stürzte mit Freudengebell auf den Mann zu, der das strenge „Halt!“ gesprochen hatte.

(Fortsetzung folgt.)